

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

16 (19.1.1917)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkalter monatl. 75 P., 1/2 Jährl. 2,25 M., zugestellt durch unsere Träger 85 P. bezw. 2,55 M., durch den Postbot. 89 P. bezw. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 P. bezw. 2,60 M.; voranzahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Einzeigen: Die Spalt. Kolonelleise od. deren Raum 20 P. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für große Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geel & Cie., Karlsruhe.

Schafft Arbeitszentralen! Uebergangswirtschaft und Arbeiterfrage.

Gleichviel, wann der ersehnte Friede kommt, man kann nie zu früh damit beginnen, dafür zu sorgen, daß die große Lehre des Krieges für die Zukunft nicht wieder verloren geht. Das ist die Erkenntnis, daß der höchste Wert eines Volkes seine lebenden Menschen, seine Arbeitskräfte sind. Der Erfolg der verlorenen Menschheit und die Wiederaufstellung der Nation, die der Krieg in die Reihen der Arbeiterschaft geschlagen hat, wird die erste und höchste Aufgabe der Uebergangswirtschaft sein. Die Nahrungsvorrichtung und die Finanzfragen werden nach Kriegsschluß noch längere Zeit bis zu ihrer einigermaßen befriedigenden Lösung bedürfen. Inzwischen muß aber der Mechanismus der Friedensarbeit schon wieder in Gang gesetzt werden. Einen wichtigen Vorschlag dazu macht Dr. Gerhard Ullrich in einer Flugschrift „Uebergangswirtschaft und Arbeiterfrage“, die soeben in Karl Gehmanns Verlag, Berlin 28., erscheint. (Preis 60 Pfg.) Wir geben seine Ausführungen über die Notwendigkeit der Errichtung örtlicher Arbeitszentralen nachstehend auszugsweise wieder:

„Letzten Endes hängt die Gestaltung der Uebergangswirtschaft auch für die Frage der Rückführung der Arbeiter in Beruf und Verdienst von der Lage der Industrie, ihrer Aufnahmefähigkeit für die Arbeitskräfte und von der Organisation der Zuführung von Arbeitern in die aufnahmefähigen Wirtschaftszweige und Industriezweige ab.“

Eine nur flüchtige Aufzählung erweist, daß es sofort nach dem Kriege an Arbeitsmöglichkeiten, auch wenn die Rohstoffzufuhr und all das andere noch fehlt, nicht mangeln wird. Es kommt nur darauf an, die vorhandenen Möglichkeiten rechtzeitig und richtig zu erfassen. Das aber läßt sich durch keine zentrale Stelle erreichen; ihr bleibt nur die Aufgabe, die Einheitlichkeit in der Dezentralisation zu gewährleisten und die richtigen Stellen auf die Notwendigkeiten der Vorarbeit, der rechtzeitigen Orientierung, des eingehenden Studiums der örtlichen Verhältnisse hinzuweisen und die Durchführung dieser Anweisungen zu überwachen. Ein einheitlich leitender Wille und die unbedingte Erkenntnis des vorliegenden Problems sind allerdings nicht zu entbehren.

Aber die Durchführung muß in die Hand örtlicher Stellen gegeben werden; dieser Gedanke tritt überall in den Vordergrund, von wo auch das Problem der Uebergangsarbeiterfrage angegriffen wird. Nirgends anders kann eine bis ins einzelne gehende Vorbereitung — und diese ist unbedingt notwendig und ohne sie ist Unsicherheit und Verwirrung unvermeidlich — und ein alle Möglichkeiten erfassendes Studium fruchtbar werden, als an örtlichen Zentralen, die für ihr eng umschriebenes Arbeitsgebiet unter Mitwirkung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, der staatlichen und kommunalen Verwaltungen, der Beamten aller Art, der Industrie, der Siedlungsgesellschaften, der Arbeiterorganisationen, kurz aller beteiligten Stellen allein einen Überblick über das Notwendige und Mögliche zu gewinnen vermögen. Örtliche Arbeitszentralen, wie sie die alle an einem Orte befindlichen Arbeitsnachweise zusammenfassenden Zentralauskunftsstellen und die seitens der preussischen Staatsregierung angeregten Beratungsstellen für Kriegsteilnehmer bei Landratsämtern und Gemeinden bisher nur unvollkommen darstellten, im engsten Anschluß an die vorhandenen Arbeitsnachweise müssen diese Arbeit in sich zusammenfassen. In ihnen hat sich persönliche Tätigkeit zu bewähren, wie es vielleicht nie zuvor der Fall gewesen ist; es ist bekannt, wie viel gebiegene Kraft und Begabung nicht zur Geltung zu kommen vermag, weil das rechte Arbeitsfeld fehlt, weil in so vieler Beziehung bisher nur bei den Zentralstellen die Möglichkeit der Veranlassung gegeben war, weil alles und alles durch Staatsgesetz vorgeschrieben und nur die Durchführung nach Reglements den anderen gestattet war. Hier aber gilt es gerade, die Tätigkeiten überall im Lande zu mobilisieren. Die Sicherheit und Reibungslosigkeit des Ueberganges von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ist geradezu in die Hände dieser örtlichen Zentralen gelegt. Denn dieses wird der Gang des Rückstromes von ungezählten Arbeitskräften sein: Nach dem Heimatgebiete der Zurückkehrenden wird an die örtlichen Zentralen die Frage gerichtet werden: welche Arbeitsmöglichkeiten bestehen in jenem örtlich begrenzten Gebiete? Die Auskunft auf diese Frage wird zunächst über das Maß der Entlassungen vom Militär entscheiden und darüber ein Urteil fällen, wie groß der Ueberfluß an solchen ist, die nicht ihre alte Arbeitsstätte vorfinden und für die andere Erwerbsmöglichkeiten gefunden werden müssen. Die Zentralen liefern also das Grundmaterial für die militärische Demobilisation.

Zu diesem schon jetzt zusammenzutragenden Material dieser örtlichen Arbeitszentralen wird folgendes zu gehören haben:

Genaue Kenntnis der in dem betreffenden Bezirk vorhandenen Industrie und der augenblicklichen und zukünftigen

Produktionsmöglichkeiten, sowie der Möglichkeiten, die für sie hinsichtlich des Ueberganges von der Kriegsmaterialienproduktion zu anderen Produktionszweigen bestehen; Kenntnis aller Pläne für Arbeiten, die nach dem Kriege in diesem Bezirk in Angriff genommen werden können, sowohl solcher der Industrie wie der öffentlichen Organe. Kenntnis des Arbeitsmarktes, sowohl des Bestandes der zurzeit Beschäftigten, als auch des Bedarfs an Arbeitskräften nach dem Kriege; hier ist es nötig, zwischen solchen Arbeitern, die nachher in den Betrieben verbleiben können, und solchen zu unterscheiden, die voraussichtlich entlassen werden. (Arbeitskräfte, die nur aus Hilfsweise angestellt sind, die das Alter überschritten haben, bis zu dem unter normalen Verhältnissen die Arbeit geleistet wird; Jugendliche, die nach Eintritt normaler Verhältnisse an anderer Stelle, als bisher, zu beschäftigen sind.) Eine besondere Stellung kommt hier den weiblichen Arbeitskräften zu. Soweit es möglich ist, wird es eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Friedenswirtschaft sein, die Frauenerwerbstätigkeit wieder vor dem Kriege auf das nötigste Maß einzuschränken. Natürlich darf ein unterchiedsloses, rigoroses Entlassen der Frauen aus Beruf und Verdienst nicht stattfinden, sondern es sind Unterschiede nach der Richtung zu machen, daß ein Teil der beschäftigten Frauen durch Verlust des Mannes und andere Notlagen gezwungen ist, die Arbeit beizubehalten, um wirtschaftlich gesichert zu sein und daß ein anderer Teil nach Rückkehr ihres Mannes aus dem Felde in ihren Beruf als Mutter und Hausfrau zurückkehren muß, um den Männern im Berufe Platz zu machen. Genaue Kenntnis dieser Verhältnisse, die durch fortlaufende Berichte un schwer zu erlangen ist, ist die Voraussetzung dafür, daß bei den wirtschaftlichen Umwälzungen des Ueberganges vom Krieg zum Frieden in der Frage der Entlassung bzw. der Beibehaltung von Frauen, die vor dem Kriege nicht im Betriebe tätig waren, Ungerechtigkeiten und Verfehlungen vom sozialen, wirtschaftlichen und hygienischen Standpunkte vermieden werden.

Auf der anderen Seite gehört zu den Aufgaben der örtlichen Arbeitszentralen die Orientierung über die Art und das Maß des Rückstroms von Männern und Arbeitskräften in den betreffenden zum Wirkungsbereich jedes Ortes gehörigen Bezirk. Diese Kenntnis ist nur durch Zusammenarbeiten mit den militärischen Behörden, insbesondere den Bezirkskommandos zu erlangen. Dasselbe gilt von der Entfernung der bis zum Friedensschlusse in Arbeit stehenden Kriegsgefangenen. Für sie ist zu fordern, daß sie in der Art einer allmählichen Ablösung in dem Maße, wie Erfolg in Gestalt deutscher, aus dem Felde heimgekehrter Arbeitskräfte eintritt, durchgeführt wird und daß lediglich das Interesse der Industrie und der zurückkehrenden Arbeiter die Richtlinien für diese Ablösung diktiert.

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 18. Jan. (W. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An eine englische Sprengung bei Loos schlossen sich kurze Kämpfe an, bei denen vordringender Feind im erlittenen Nahkampf schnell wieder zurückgeworfen wurde.

In der Nacht vom 12. zum 13. Januar wurden nach den Kämpfen bei Serre die noch von uns gehaltenen Teile der Vorstellung planmäßig und ungehindert vom Feinde geräumt. Seitdem lag nämlich schweres Feuer auf den verlassenen leeren Gräben. Gestern erfolgte hiergegen der von uns erwartete englische Anstich, welcher dem Angreifer schwere Verluste brachte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: In vielen Abschnitten der Front lebte die heiderseitige Artillerietätigkeit bei klarer Sicht merklich auf.

Nördlich Karajin drangen russische Stoßtruppen mit zehnfacher Ueberlegenheit in eine vorgeschobene Feldwache ein. Die Feldwache ist wieder in unserem Besitz. An anderen Stellen wurden Jagdkommandos und Patrouillen abgewiesen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Während südlich der Ditzo-Strasse ein von starken russischen Kräften unternommener Angriff in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammenbrach, gelang es uns durch überraschenden Vorstoß, zwischen Sufita und Putna-Lal 1 Offizier, 20 Mann und ein Maschinengewehr aus den feindlichen Stellungen zu holen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenien.

In der Dobrudzha werden seit einigen Tagen Tulcea und Jajcea von russischer Artillerie beschossen. Mehrere Einwohner, vor allem Frauen und Kinder, sind getötet.

Mazedonische Front.

Vereinzelt geringe Gefechts-tätigkeit. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W. V. Berlin, 18. Jan., abends. (Amtlich.) An der West- und Ostfront ist der Tag ohne besondere Kampfhandlungen verlaufen.

Französischer Bericht.

Paris, 18. Jan. Amtlicher Bericht von gestern nachmittags: In der Somme-Gegend schlugen die Franzosen abends deutsche Abteilungen zurück, die östlich von Clerf und südlich von Biaches nach dem gestern gemeldeten Bombardement in ihre Linien einzudringen versuchten. Bei Les Eparges machten die Deutschen, begünstigt von einer Minenexplosion, einen Keinen Angriff, der nach heftigstem Handgemenge abgewiesen wurde. Auf den Passhöhen und im Walde von Apremont drangen französische Kavallerien an mehreren Punkten in die gegnerischen Linien ein. Die Nacht war auf der übrigen Front ruhig. Abendbericht: Schießen und normale Tätigkeit der Artillerie und Grabenmaschinen an der ganzen Front. Beistufiger Bericht: Leichte Tätigkeit der Artillerie in der Gegend von Digny.

Ereignisse zur See.

Eine neue „Röbe“ am Werke?

Berlin, 18. Jan. Dem „L. A.“ berichtet man aus Genf: Die Schiffe, deren Belagungen in Bernabuco landeten, wurden von einem deutschen Korjaren verlenkt, der jetzt spurlos verschwunden ist. Außer den von Reuters gemeldeten vernichteten Schiffen wird noch die Vernichtung von vier als französische Hilfskreuzer verwendeten Schiffen gemeldet, von denen drei versenkt wurden und eines in deutschen Besitz geraten ist.

Berlin, 18. Jan. In Amsterdamer Schiffahrtskreisen verlautet, wie die „Tägl. Rundsch.“ aus dem Haag erzählt, daß von der neuen deutschen „Möve“ etwa 70 000 bis 75 000 Tonnentraum vernichtet worden sind. Der Wert der vernichteten Ladung wird auf etwa 80 Millionen geschätzt.

Ein norwegisches Stahlgeschiff geimten.

W. V. Kristiania, 18. Jan. (Nichtamtlich.) Das Stahlgeschiff „Brabant“ von Kristiania, ist vor Helsingborg an Montag nachmittag auf eine Mine gestoßen und gesunken. Die Beladung wurde gerettet, ausgenommen von 3 Frauen.

Englands Schiffsbauten.

W. V. Manchester, 18. Jan. Wie der Manchester Guardian erzählt, hat das neue Schiffbaukomitee der Regierung beschlossen, einbedige Dampfer von etwa 9000 Tonnen und einer Länge von 400 Fuß nach einer bestimmten Standardkonstruktion bauen zu lassen. Es sind bereits 36 Kontrakte über solche Schiffe abgeschlossen. In Amerika und Japan sind Standardschiffe in etwa vier Monaten gebaut worden. Einige britische Reedereien glauben, am noch schnellere Bauzeit garantieren zu können.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Augriffe des französischen Parlaments gegen die Regierung.

W. V. Bern, 18. Jan. Lyoner Wählermeldungen zufolge erklärten die neugebildeten Kammer- und Senatgruppen für nationale Aktion gestern in einer einstimmig angenommenen Tagesordnung: Die Regierung habe sich der ihr zufallenden Verantwortlichkeit betr. die militärischen Unternehmungen in Mazedonien entzogen, indem sie diese am 2. Dezember 1916 dem Oberkommando unterstellte, das der Expedition grundsätzlich feindselig gegenüberstand; Verstärkungen und Material seien daher stets nur verschätet und widerwärtig abgelehnt worden. Briand habe später diesen Fehler vor der Kammer eingestanden, sich jedoch geweigert, ihn wieder gutzumachen. Erst als eine Ministerkrise drohte, habe er durch Erlass vom 22. Dezember 1916, wodurch das Expeditionskorps direkt dem Kriegsministerium unterstellt wurde, Abhilfe geschaffen. Die diplomatische Briand gegenüber Griechenland war eine Reihe halber Maßnahmen, die die traurigen, Dezemberereignisse zur Folge hatten. Die Lage der Orientarmee und in Griechenland mache es dem Senat und der Kammer zur Pflicht, von der Regierung Rechenschaft über die bisherige Handlungsweise und über ihre Absichten für die Zukunft einzufordern.

Dieselben Gruppen verlangen ferner die Bildung eines internationalen Bureaus für Flugzeuge, damit den hier bestehenden großen Mängeln gesteuert werden könne.

Der Abgeordnete Ferri wird voraussichtlich morgen die Regierung über die Ereignisse in Griechenland inlektieren. W. V. Paris, 18. Jan. Der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten wurde von Briand benachrichtigt, er werde dem Beauftragten des Ausschusses, Carrat, die erbetenen Schriftstücke über die Ereignisse in Griechenland vorlegen, unter dem Vorbehalt, daß geheime und andere Mächte inwieweit interessierte Schriftstücke nicht bekanntgegeben werden.

Das polnische Meer.

W. V. Berlin, 18. Jan. Unter den in Deutschland festgehaltenen, im Königreich Polen beheimateten polnischen Arbeitern ist vielfach die Meinung verbreitet, daß ihre zwangsweise Einziehung zum polnischen Meer notwendig ist. Eine solche Absicht besteht nicht, vielmehr wird darauf binaewiesen, daß sich das polnische Meer nur auf

Freiwilligen ergänzt. Alle Gerichte über eine zwangsweise Eingebung beruhen auf Erfindung oder böswilliger Ausstreitung.

Neutralitätsbejorgnisse des Königs von Norwegen.

Oslo, 18. Jan. (Nichtamtlich.) Beim gestrigen Festessen für das neu zusammengetretene Storting sagte der König: Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß die ernste Zeit uns noch bevorsteht. Obwohl die verantwortlichen Männer sich ehrlich bestreben, strenge Neutralität zu beachten, scheint es, als ob die Forderungen, die an diese gestellt werden, immer weiter steigen, was die Lage erschwert. Aber ich will die innige Hoffnung aussprechen, daß es gelingen möge, das Land auch fernerhin außerhalb der Schrecken des Krieges zu halten, wenn sich alle ihrer Verantwortung bewußt sind.

Die bevorstehende Evakuierung der Bukowina.

Zürich, 17. Jan. Wir erfahren aus einer stets gut unterrichteten privaten Quelle, daß die Russen zur baldigen Evakuierung der ganzen Bukowina eiligste Vorbereitungen treffen.

Andererseits trifft die österreichische Regierung schon die nötigen Anordnungen, daß diese Provinz wieder an Oesterreich fällt; das politische Haupt der Bukowina, Herr v. Wajssko, hat soeben mit Herrn Czernin, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, hinsichtlich der sich durch die Grenzveränderung ergebenden politischen Perspektiven Rücksprache genommen.

Man wird sich gleichfalls erinnern, daß Graf Lam-Martin vor einigen Tagen die Führer der galizischen Ukrainer empfangen und ihnen versprochen hat, ihren berechtigten Aspirationen Rechnung zu tragen. Nichts, erklärte er, wird in Galizien ohne vorherige Verständigung mit den Ukrainern vorgenommen werden.

Russischer Ministerwechsel.

Petersburg, 18. Jan. General Beligiew, ehemaliger Chef des Kriegsministeriums und Chef des Generalstabes, wurde zum Kriegsminister ernannt an Stelle von General Schwajew, der zum Reichsratsmitglied ernannt wurde.

Der Rücktritt des Gehilfen des Ministers des Innern, Nizhnik Wolkonoski, des ehemaligen Vizepräsidenten der Duma, ist bewilligt worden.

Der ehemalige Ackerminister und Mitglied des Reichsrats Termolow ist gestorben.

Sasnowski Botschafter in London?

Petersburg, 18. Jan. Es verlautet, daß Sasnowski zum Botschafter in London ernannt wird.

Russische Gefangenenebehandlung.

Während die Engländer bisher Meister in der Mißhandlung deutscher Offiziere (Baralong-Crompton-King Stephan-Fälle) und die Russen in der grausamen Behandlung gefangener deutscher Soldaten zu sein schienen, liegt jetzt ein Beweis dafür vor, daß auch die Russen in der Behandlung gefangener deutscher Offiziere nicht viel mehr Anstand haben, als ihre großbritannischen Bundesgenossen.

Der Leutnant zur See Killinger, welcher als Marineflieger im Osten tätig war, wurde im April 1915 bei einem Aufklärungsflug zusammen mit dem Oberleutnant von Gerriffen von den Russen abgefangen und stürzte mit der Maschine ins Wasser. Nach dreistündigem Treiben in dem mit Eischollen bedeckten Wasser wurden die beiden Offiziere von den Russen aufgefunden. Nachdem sie nach mehrstündiger Fahrt auf dem Meere an Land gebracht waren, transportierte man die Deutschen in ihren rassen Kleider auf offenen Reitwagen im Schneegestöber nach Wilna. Ihre Hände hatte man mit Telephondrähten auf den Rücken und die Füße kreuzweise ebenfalls mit solchen Drähten so gefesselt, daß ihr linker Fuß an der rechten Spreite des Wagens und der rechte an der linken Spreite befestigt wurde. Vor allem gab man ihnen auch keine Gelegenheit und Zeit, ihre Kleider zu trocknen, und nur ein russischer Admiral erbat sich der Schiffbrüchigen und Offiziere abwechselnd trugen. Von Wilna wurden die beiden Offiziere sofort über Biala nach Petersburg gebracht, nachdem ihnen von Biala ab immer wieder eröffnet worden war, daß sie als Räuber behandelt und gehängt werden würden. In Petersburg kamen die beiden Offiziere in Einzelhaft in eine Kerkerselle in der verhöhligen Peter- und Pauls-Geirung. Hier wurde Killinger ebenso wie von Gorriffen sechs Wochen gefangen gehalten. Nur während der ersten acht Tage durfte er eine Stunde täglich in einem kleinen Gefangenencourtyard an die frische Luft. Auf Killingers Protest gegen diese würdevolle Behandlung eines Kriegsgefangenen Offiziers gab ihm der beauftragende russische Offizier zu verstehen, daß Killingers Lage sich sofort verbessern würde, wenn er bei dem Verhör Aussagen machen würde, die für die Russen von Wert seien. Man versuchte also, durch Erpressung einen Kriegsgefangenen zum Hochverrat zu zwingen. Nachdem die Russen endgültig eingeschlagen hatten, daß sie von einem deutschen Offizier auf diesem Wege nichts erfahren konnten, wurde Leutnant Killinger nach Biala abtransportiert. Die Begleitmannschaften eröffneten ihm während der Reise, daß er zur Zwangsarbeit in den Bergwerken Sibiriens „begnadigt“ sei. Die Behandlung in den verschiedenen Gefangenencourtyards spottete zum Teil jeder Beschreibung. In dem Gefangenencourtyard von Omsk waren die Offiziere zu 50 und 60 in einem Raum zusammengedrängt. Es gab weder Matratzen noch Betten und alles wimmelte von Insekten. Verschiedentlich traten Typhus und Cholera auf, denen besonders unter den Mannschaften viele zum Opfer fielen. Für die insgesamt 300 Offiziere gab es nur eine Bedürfnisanstalt, die offen mitten auf dem Hof lag und von welcher der Urat niemals weggeschafft wurde. Das Gefangenencourtyard für Offiziere war auf 50 Rubel festgesetzt, von welchem man sich selbst zu verpflegen hatte. Diese Summe wurde zum großen Teil von den Russen unterschlagen und als Repressalie gegen Deutschlands angeblich schlechte Gefangenenebehandlung bis auf 18 Rubel herabgesetzt. Nur mit Hilfe der Oesterreicher, die von den Russen etwas menschlicher behandelt wurden, war es den Deutschen möglich, ihren Lebensunterhalt zu beschaffen. Für einen Keller Suppe mußte man 3 R. 1/2 Rubel an den staatlich bestellten Kantinewirt zahlen.

Die deutschen Offiziere wurden meistens nur in Viehwagen befördert und bis zu 30 in einem Wagen zusammengedrängt. Bei der Kälte des sibirischen Winters und der Länge des Transportes hatten die bedauernswerten Kriegsgefangenen Entschliches zu leiden. Die Russen nahmen dabei selbst auf Verwundete und Kranke nicht die leiseste Rücksicht. Auch sie wurden, wie die Gefunden, in Viehwagen transportiert und blieben tagelang ohne ärztliche Hilfe. Leutnant Killinger ist auf einem solchen Transport entflohen und nach einer abenteuerlichen Flucht über China und Amerika nach Deutschland zurückgekehrt.

Zu den Kriegszielen der Entente

schreiben die „Basler Nachrichten“:

„England würde nicht bloß im Besitz seiner Seegehoheit bleiben, deren ungeheure Bedeutung dieser Krieg so sehr zeigte, sondern es würde durch die Einberleibung der deutschen Kolonien ein zusammenhängendes afrikanisches Reichenreich erhalten, das bei planmäßiger Organisation es mit gewaltigen Heeren farbiger Soldaten versorgen müßte. Im Besitz Arabiens hätte es Ägypten vor jedem Angriff gesichert, durch die Eroberung Mesopotamiens wäre der natürliche Endpunkt jeder Verbindung aus Europa nach Asien in seine mächtige Hand gelegt. Frankreich hätte auch durch den Besitz Elsaß-Lothringens keine Entschädigung für die entsehligen Opfer seines Krieges und bliebe eine Macht zweiten Ranges. Vollständig verändert wäre hingegen die Bedeutung Russlands. Im Besitz Konstantinopels hätte es einen Exportweg, der seine natürlichen Reichtümer unendlich steigern müßte. Die Schaffung eines vergrößerten Rumänien und Serbiens — denn die Durchführung der Nationalitätenbewegung würde diese beiden Staaten wohl verdoppeln — würde es zur Geheerinn nicht bloß auf den Balkan, sondern auch schon in Mitteleuropa aufsteigen lassen. Denn die beiden orthodoxen und slavischen Staaten wären naturgemäß nur Trabanten des großen Mutterreichs, das sie mit seinem Blute befreite. Ein Serbien, das nach Krain und der südlichen Steiermark reicht, würde also Rußland den Weg zur Adria absperrern lassen und es auf zweihundert Kilometer an Wien heranbringen. Das vergrößerte und mit Rußland unlöslich verbundene Polen würde Posen, wachsende auch Schlesien besitzen und wäre ebenso nahe an Berlin gerückt, während es selbst durch ein solches System vorgelagerter Mittelstaaten vor jeder Bedrohung vollständig gesichert wäre. Rußland ist gegenwärtig ein mächtiger asiatischer Staat und der Besitzer des größten Landgebietes in Europa; durch die Erfüllung des Ententeprogramms wäre es der vollkommene Herr auf dem ganzen europäischen Kontinent. Seine Uebermacht wäre ökonomisch durch den Karanellenbesitz, militärisch durch die Annäherung an Berlin, Wien, Budapest, moralisch durch derartige Erfolge und durch die Herrschaft über Polen, Serbien, Rumänien so gewaltig, wie sie noch niemals ein Staat in Europa besessen hat; Napoleon auf der Sonnenhöhe seiner Siege wäre, verglichen mit einem derartigen Rußland, noch unbedeutend gewesen. Italien hätte durch die Eroberung der östlichen Adriaküste einen Bestig-Erfolg, der sich kaum in einer wesentlichen Erleichterung seiner wirtschaftlichen Lage äußern könnte; denn Triest hat keine Bedeutung so nur als Hafen von Oesterreich-Ungarn und Süddeutschland. Oesterreich-Ungarn würde aber nicht mehr existieren, und Deutschland wäre geschwächt, exportunfähig und bankrott. Die Türkei hätte tatsächlich zu existieren aufgehört, die Doppelmonarchie wäre keine Großmacht, sondern kaum mehr als ein mittlerer deutscher Bundesstaat. Deutschland hätte vor sich ein übergewaltiges Rußland, wäre durch England von allen Meeren abgesperrt, würde keine Kolonien besitzen, die ein Staat wie Portugal sein eigen nennen darf. Was resultierte als natürliche Folge hiervon? Daß das deutsche Volk nur von dem einzigen Gedanken besetzt wäre, eine derartige wirtschaftliche und politische Herabwürdigung durch einen neuen Krieg zu rächen und zu beenden.“

Die englische Note an Wilson.

London, 18. Jan. (Nicht amtlich.) Staatssekretär des Aeußern, Balfour, sagt in einer durch den britischen Botschafter in Washington der Regierung der Vereinigten Staaten am 16. Januar übermittelten Depesche u. a.:

Die britische Regierung teilt völlig das Ideal des Präsidenten, hat aber das Gefühl, daß die Dauerhaftigkeit dieses Friedens von seinem Charakter abhängen muß, und daß kein dauerhaftes Bestehen internationaler Beziehungen auf hoffnungslos mangelhaften Grundlagen möglich ist.

Die Hauptursachen für das Unglück, unter dem die Welt jetzt leidet, liegen in dem Vorhandensein einer von Herrschbegierde verzeiherten Großmacht inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, die für die Verteidigung schlecht vorbereitet waren, zwar unterstützt durch internationale Gesetze, aber durch keine Maschinen, um sie durchzusetzen, und geschwächt durch die Tatsache, daß weder die Grenzen der verschiedenen Staaten, noch ihre innere Verfassung mit den Bestrebungen ihrer einzelnen Nation übereinstimmen, oder ihnen gerechte und billige Behandlung sichern.

Die von den Alliierten in ihrer Note entworfenen Veränderungen der Karte Europas würden offenbar das letztere Uebel stark mildern.

Die Austreibung der Türkei aus Europa muß einen Teil dieses allgemeinen Planes bilden, denn die Türkei der Einheit und des Fortschritts ist mindestens ebenso barbarisch und viel aggravierender als die Türkei des Sultans Abdul Hamid. In den Händen Deutschlands wird sie offen als ein Werkzeug der Eroberung benutzt. Unter deutschen Offizieren kämpfen jetzt türkische Soldaten in Ländern, aus denen sie lange vertrieben waren, und eine türkische Regierung, die von Deutschland beauftragt, durch Hilfsgelder und andere Mittel unterstützt wird, begehrt die jüdischen Meckeln in Armenien und Syrien, die die Geschichte dieser unglücklichen Länder aufweist.

Die Austreibung der Türkei aus Europa wird ebensoviel zur Friedenssache beitragen, wie die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich, die der italienischen Forderung an Italien, oder jede andere der in der Note der Alliierten verlangten Gebietsveränderungen.

Solche territorialen Wiederherstellungen können aber keine hinreichende Sicherheit gegen einen neuen Krieg bieten, wenn die Deutschlands öffentliche Meinung und Gesandte beherrschenden Kreise wieder beabsichtigen, die Welt zu beherrschen. Sie werden dann immer noch ein politisches System, das durch und durch auf militärischer Grundlage aufgebaut ist, zur Hand haben, weiter große Vorräte militärischer Ausrüstungsgegenstände aufhäufen, ihre Angriffsmethoden vervollkommen und ihre friedlichen Nachbarn niederzuschlagen können, bevor diese sich zur Verteidigung vorzubereiten vermögen.

Wenn nach dem Krieg Europa viel ärmer an Leuten, Geld und gegenseitigen guten Willen ist als vorher, aber nicht an größerer Sicherheit, dann werden die Zukunftshoffnungen des Präsidenten für die Welt ihrer Erfüllung ferner als jemals sein.

Während die anderen Nationen durch Schiedsgerichtsverträge die Aussicht auf Friedensstörungen dauernd zu verhindern wünschten, stand Deutschland abseits. Die Macht wurde als das wahre Ziel des Staates proklamiert. Der Generalstab schmiedete mit der unermüdlichen Industrie zusammen die Waffen, mit denen in geeigneten Augenblick der Machtgedanke vollendet werden sollte. Diese Tatkraften lassen darauf schließen, daß Schiedsgerichtsverträge schließlich unwirksam werden könnten.

Die Beweisführung hierfür war bei Kriegsausbruch überwältigend.

So lange Deutschland das Deutschland bleibt, das ohne Berechtigung in barbarischer Weise ein Land überrannte und mißhandelte, zu dessen Verteidigung es verpflichtet war, kann kein Staat seine Rechte als geschädigt ansehen lediglich durch einen feierlichen Vertrag.

Der Fall wird noch schwieriger durch die Ueberlegung, daß diese Methode berechneter Grausamkeit auch diejenigen einschließen sollte, mit denen die Mittelmächte noch in Frieden leben. Belgien war ein Beispiel für die Schandtat und die Schredensherrschschaft nach seiner Besetzung. Damit die durch die britische Flotte oder durch ihre eigenen vor den deutschen Armeen geschützten Völker vor den deutschen Methoden nicht sicher sind, wetteiferte das Unterseeboot beherzhaft mit den barbarischen Praktiken der Schweißwaffe. Wenn die Mittelmächte erfolgreich sind, so werden sie solchen Methoden ihren Erfolg verdanken. Deutschland und Oesterreich-Ungarn machten den gegenwärtigen Krieg unvermeidlich.

Indem sie die Rechte eines kleinen Staates antasteten. Sie erzielten ihre anfänglichen Triumphe, indem sie die das Gebiet eines anderen schützenden Verträge verletzten. Terrorismus zu Lande und zur See wird sich als Mittel zum Siege erweisen haben. Wenn die bestehenden Verträge nicht mehr sind als Fetzen Papier, können uns dann neue Verträge helfen? Wenn die Verletzung der grundlegenden Regeln des Völkerrechts von Erfolg gekrönt ist, werden die Nationen nicht umsonst daran arbeiten, diese Verträge zu verbessern? Daher kann das englische Volk nicht glauben, daß der Friede dauerhaft sein kann, wenn er nicht auf dem Erfolg der Sache der Alliierten gegründet ist.

Für einen dauerhaften Frieden sind drei Bedingungen unerlässlich.

- 1. Daß die bestehenden Ursachen internationaler Beunruhigung soweit als möglich entfernt und abgeschwächt werden,
2. daß die Angriffslust und die bedenklichen Methoden der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten,
3. daß hinter allen vertragsmäßigen Abkommen zur Beruhigung oder zur Begrenzung von Feindseligkeiten irgend eine Form internationaler Sühne gesetzt wird, die dem künftigen Angreifer Einhalt gebietet.

Deshalb brachte England, bringt und wird es weiter Opfer ohne gleichen an Gut und Blut bringen, nicht nur um so seine vertragsgemäßen Verpflichtungen zu erfüllen, oder einen unersuchbaren Triumph einer Gruppe von Nationen über die anderen zu sichern, sondern weil es fest glaubt, daß von dem Erfolg der Alliierten die Aussicht auf eine friedliche Zivilisation und auf die in der alten und neuen Welt nach Beendigung des gegenwärtigen Anheils erhoffte internationale Reform abhängt.

Die Entente-Antwort an die Schweiz.

Basel, 18. Jan. Die heute vom Ministerpräsidenten Briand dem Schweizer Gesandten in Paris, Herrn Lardh, überreichte Antwort der Verbündeten hat folgenden Wortlaut:

Die Verbündeten haben die Note vom 22. Dezember 1917 erhalten, durch welche die Bundesregierung im Anschluß an die vom Präsidenten Wilson am 18. Dezember an die Kriegführenden Mächte gerichtete Note den Wunsch ausdrückte, bei ihnen die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu unterstützen, und im Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens sich bereit erklärte, an der Annäherung der im Kriege liegenden Nationen zu arbeiten und die Grundlage für ein fruchtbares Zusammenwirken unter den Völkern zu schaffen. Die Verbündeten haben die Bemühungen, welche die Schweiz in hochherziger Weise stets unternommen hat, um die Leiden der Internierten, Schwerverwundeten und Evakuierten zu mildern, denen unaufhörlich die hingebendste Pflege gewidmet wurde. Die Verbündeten sollen daher auch den Gefühlen und Absichten Anerkennung, von denen die Mitteilung der Bundesregierung Zeugnis ablegt. Ihre Haltung ist in der Antwort an den Präsidenten Wilson klar gezeichnet worden. Da die Bundesregierung auf die Vorschläge Amerikas Bezug genommen hat, bestehen die verbündeten Regierungen sich, ihr hiermit den Vorlaut ihrer Antwort mitzutheilen. Sie möge in diesem Dokument, das von der Note der belgischen Regierung begleitet ist, die Darlegung der Gründe erblicken, weshalb die Verbündeten es für unmöglich erachten, den Wünschen zu antworten, denen die Schweiz sich angeschlossen hat.

Noten gleichen Inhalts wurden den Pariser Gesandten Schwedens, Dänemarks und Norwegens überreicht.

Wer löst die Frage?

Ueber die Frage, wie der von den Gegnern gewünschte Krieg fortzuführen sei, haben sich wiederum in der Öffentlichkeit breite und laumende Auseinandersetzungen entsponnen. Eine Reihe von Politikern, Konservative und Nationalliberale an der Spitze, eilen durch das Land und lassen in Versammlungen Resolutions annehmen, in denen der uneingeschränkte U-Bootskrieg als das einzige, aber auch sichere Mittel bezeichnet wird, um zu einem siegreichen Frieden zu gelangen. Ob dieses Mittel wirklich den Erfolg hätte, den man ihm zuspricht, soll hier weiter nicht untersucht werden. Bemerkenswert ist jedenfalls die Methode, deren sich die Vorkämpfer des unbeschränkten U-Bootskrieges bedienen, um ihren Willen im obersten Kriegsrat zur Geltung zu bringen.

Das Thema ist kompliziert. Um es erschöpfend zu behandeln, muß man es in zahlreiche Einzelfragen auflösen.

Zunächst: Wie steht es mit der Lebensmittelforschung Englands? Wie groß sind die Vorräte, die sich im Lande befinden? Die Meinungen darüber gehen weit auseinander. So hat Karl Peters kürzlich in der Presse behauptet, England sei für zwei Jahre lebensfähig, während während der Nationalforenspondenz erklärt, die Vorräte reichten nur noch für 100 Tage. Herr Löffler vertritt, der Liebe Gott halte gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt für den geeigneten, um den unbeschränkten U-Bootskrieg zu beginnen, während wir bei Juni- oder Juli-ernte haben, der richtige Zeitpunkt sei ein für allemal verpaßt worden, denn seit Frühjahr 1916 habe sich England mit ungeheuren Vorräten versehen. Zahlreiche Berichte sowie Aufzählungen englischer

Weniger selbst lassen darauf schließen, daß die Lebensmittelnot in England tatsächlich ziemlich groß ist. Aber ohne genaueste und sorgfältigste Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse läßt sich die Frage nicht entscheiden, ob England wirklich durch die Unterbindung der Nahrungsmittelzufuhr zur Kapitulation gezwungen werden könnte.

Weitere Frage: Kann durch den unbeschränkten U-Bootkrieg die Lebensmittelzufuhr Englands tatsächlich unterbunden werden oder würde sie durch ihn vielleicht nur weiter gehemmt und eingeschränkt, aber vielleicht doch nicht in solchem Maße, daß von einer wirklichen lebensgefährlichen Störung die Rede sein könnte? Eine Antwort ist nur für den möglich, der alle Einzelheiten dieser technischen Frage vollkommen beherrscht, und selbst bei ihm ist ein Irrtum vielleicht nicht ausgeschlossen.

Dritte Frage: Welche moralischen Wirkungen würde der unbeschränkte U-Bootkrieg bei den Neutralen hervorrufen? Antworte: Welche Lage würde für Deutschland entstehen, wenn es mit einem oder mehreren dieser Neutralen in Krieg geriete? Würden die Nachteile, die sich daraus ergeben würden, geringer sein als die Vorteile, die von der Anwendung der empfohlenen Kampfmethode erwartet werden?

Die Frage des unbeschränkten U-Bootkrieges ist eine Frage der statistischen Tabellen und der diplomatischen Berichte. Wenn die eingehende Kenntnis aller Einzelheiten fehlt, der fährt mit der Stange im Nebel herum.

Ob die Herren, die in den Versammlungen für den unbeschränkten U-Bootkrieg eintreten, diese Kenntnisse besitzen, wissen wir nicht. Daß die Versammlungsbefugten, die die ihnen vorgelegten Resolutionen annehmen, diese Kenntnisse nicht besitzen, ist ohne weiteres anzunehmen. Sehr merkwürdig muß es wirken, wenn diese Versammlungsbefugten von den Einberufern und Rednern dennoch für kompetent erachtet werden, in dieser Frage zu entscheiden.

Die Einberufer und Redner jener Versammlungen sind dabei gerade diejenigen, die sonst das Volk als den blinden Höhrer bezeichnen, die auf Autorität und nicht auf Majorität schwören, unter denen in angeblich nationale Interesse alle Unterdrückungsmaßnahmen gegen andere Denkende recht sind. Wie wollen diese Herren den innerpolitischen Standpunkt, den sie bisher vertreten haben, noch weiter aufrecht erhalten? In Preußen, dessen Landtag eben wieder zusammengetreten ist, hat das Volk nichts mitzureden. Man betrachtet es nicht als reif, über Fideikommiss, Gültverwaltungen und ähnliche Fragen zu entscheiden. In einer Frage aber, wo es um Sein oder Nichtsein des Reiches geht, und wo zugleich die schwerigsten der Öffentlichkeit verborgenen Einzelfragen mit in Betracht gezogen werden müssen, ruft man Vereine und Vereinen in Stadt und Land mit zur Entscheidung auf und nimmt einen Bezug von Resolutionen, um der Kriegsführung den eigenen Willen aufzuzwingen!

Der Widerspruch springt in die Augen. Wenn das Volk, nicht einmal in seiner geschlossenen staatlichen Gesamtheit, sondern sogar in seinen losen willkürlichen Organisationen berufen sein soll, der deutschen Kriegsführung die Wege vorzuschreiben, die sie zu gehen hat, so kann man dem in einer staatlichen Demokratie organisierten Volkswillen das Recht der letzten und höchsten Entscheidung in allen Staatsangelegenheiten unmöglich abstreiten. Die Herren, die von Versammlung zu Versammlung eilen, um auf die zunehmende Demokratisierung des Reiches zu schimpfen, und dann den unbeschränkten U-Bootkrieg gegen England beschließen lassen, sind, ohne daß sie es wissen, knallrote Demokraten. Ob sie mit ihren Rezepten recht haben oder nicht, darüber soll hier gar nicht geredet werden. Aber daß sie, die die Demokratie bekämpfen wollen, unermüdet als Vorkämpfer der Demokratie wirken, das sollte einmal mit genügender Deutlichkeit festgehalten werden, und sie selber werden es früher bemerken, als es ihnen lieb ist.

In französischer Gefangenschaft.

III. Die Not der Insulaner.

Eine langwierige Fahrt, auf den einzelnen Stationen allenthalben begrüßt durch Bewilligungen und Schimpfereien des anwesenden Publikums, beförderte uns nach Luitbenon, welchen Ort wir in der Nacht zum 28. September erreichten und von wo aus wir am kommenden Morgen die kurze Seefahrt nach dem Eiland Belle-Île bewerkstelligten.

Eine Szene, die kurz vor unserer Abreise eintrat, verdient nach erwähnt zu werden. Beim Verlassen des Kais veranstaltete die Menge ein wildes Geschrei: Drohende Blide musterten uns und viele Hände wiesen in die Pluten des Atlantischen Ozeans. Ein deutschsprechender Kanakier sprach offenbar seinen Gefinnungsgenossen und -genossinnen aus dem Herzen, als er den Gefangenen zurief: „In die See sollte man euch Schweine werfen!“

Nun, es ging aber doch nicht nach dem Wunsch der patriotischen Leute aus dem Volke! Wohlbehalten gelangten wir an Bord eines kleinen, festbedeckten Dampfers; und eine einstündige, schiffartige Fahrt vermittelte die Landung auf der prächtigen Insel, die gekrönt wird von einer Zitadelle, die von deutschen gefangenen Offizieren bewohnt war.

So bezauert sich nun die Lage Belle Îles auch sein mag, so war doch unsere eigene Lage hier an Reizen. Für die meisten Leute bedeutete der Aufenthalt auf der Insel eine Zeit der Not wie des Entsetzens. Am schlechtesten erging es den etwa 1600 Mann, die im Zelllager kauften. Der Erdboden innerhalb der Zelle war nur dünn mit Stroh belegt. Zeitweilig einsetzende Regengüsse machten die Erde feucht und zum Schlafen ungeeignet. Mitleidlos legten die oft heiligen Stämme durch die Zellreihen. Des öfters kam es vor, daß in der Nacht, während die Leute einzuschlafen sich bemühten, einzelne der Zelle in Felsen auseinandergerissen wurden. Die sanitären Verhältnisse hielten jeglicher Beschreibung. Gelegenheit zum Reinigen und Körperwaschen bot sich nur in beschränktem Maße. Ingeziefer machte sich in unheimlicher Weise breit. Wohl alle Leute waren verlaßt wie die Russen! Nichts wurde unternommen, der Ingezieferplage abzuhelfen. Aber soll man gewärtig doch ein Bad in den Wellen am sandigen Strande des Golfs von Biscaya! Weil indessen im Monat Oktober in dortiger Gegend die Temperatur zum Seebaden so kalt ist und die gefangenen Menschen übrigens geschwächt waren, so bestien sich die meisten einen heftigen Schnupfen oder andere Erkältungskrankheiten und lösen sich gezwungen, ein weiteres Baden abzulehnen. Obendrein empfing der Zelllagerbewohner völlig unzureichende Nahrung. Er bezog zum Mittag ein Viertel Liter Suppe, für den ganzen Tag die Hälfte eines kleinen Schwarzbrottes; abends gelegentlich ein Viertel Liter Suppe oder Kaffeebrühe, ferner täglich eine Benigheit Fleisch. Hin und wieder gab es eine Celsardine und ein Glühobst konnte wohl auch den Empfang eines Apfels oder einer Birnigkeit als Barmherzigkeit feststellen. Frühmorgens verabschiedete man sich ein Viertel Liter Kaffee. Das war alles! Lebhaft klagelieder ob des Hungerleidens erlangen allenthalben. Sämtliche Gefangenen fühlten sich begreiflicherweise unter solchen Lebensbedingungen schwach und kaputt; viele magerten stark ab, so daß in einem fort und genährten den Anblick wandelnder Toten! Am schlimmsten erging es freilich denen, welche in einer so traurigen Lage ohne eigene Mittel dastanden und sich nichts in der Kantine zu kaufen vermochten. Auch in Belle Île habe ich wahrgenommen, daß mittellose französische Soldaten das Aussehen der Gefangenen nicht ansehen konnten, sondern letztere einluden, von ihrem Essen zu nehmen. Obgleichs konnte das Belle-Île-Lager als verächtlich gelten. Länger auf der Insel lebende Franzosen teilten mit, daß um die Weihnachtszeit 1914 infolge einer Typhusepidemie eine große Anzahl ihrer Kameraden — es wurde von 130 Leuten gesprochen — gestorben sei. Ergänzend fügte man aber hinzu, in Wirklichkeit habe es sich um Hungertypus gehandelt. Letzteres zu glauben, war bei dem immerwährenden Jaften der Zelllagerbewohner durchaus am Platze.

Erschleichlich besser erging es mir und den etwa 400 Gefangenen, die in den Räumen eines Risiergebäudes Unterkunft fanden. Im Vergleich zu den armen Teufeln im Zelllager durften wir zurecht sein. Wir schliefen in geschlossenen Zimmern auf festem Stroh, das nach kurzer Zeit durch mit Seegras gefüllte Säcke ersetzt wurde. Das Essen war wesentlich reichlicher, ohne indessen dem wirklichen Nahrungsbedürfnis zu genügen. Dafür boten die mehr oder minder appetitlichen Wohlgerüche, die aus den benachbarten Fischkühlereien (Spezialität Celsardinenfabrikation) sich verweilten, einen allerdings nicht nachhaften Ersatz.

Eintönige fünf Wochen, in die nur das Leben auf den schwimmenden Wellen der See eilige Zerstreuung brachte, waren inzwischen verfloßen, als die Stunde schlug, zu der wir Belle-Île verlassen sollten. Einem Gerücht zufolge mußte das Zelllager auf Veranlassung einer amerikanischen Kommission geräumt werden. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Vom Schweizer Grütlverein.

Als bei der auf dem Parteitag in Zürich beschlossenen Trennung von Partei und Grütlverein sind von den 273 Organisationen 111 sofort aus der Partei ausgetreten, 80 sind in der Partei verblieben und von 82 stand die Entscheidung noch aus. Seitdem haben sich eine große Anzahl von diesen letzteren zum Austritt aus der Partei definitiv entschlossen, so daß der Grütlverein einer allmählichen Konsolidierung entgegengeht. So haben letzte Woche die letzten der Grütlsektionen im Kanton Schwyz den Austritt aus der Partei vollzogen, so daß zurzeit die Partei im ganzen Kanton keine Organisation mehr hat. Der Zürcher Grütlverein beschloß für die kommenden Stadtrats- und Kantonsratswahlen, eigene Kandidaten aufzustellen und selbständig ohne jeden Kompromiß vorzugehen. Die Sektionen, die sich über den Verbleib in der Partei noch nicht endgültig entschieden haben, werden vom Zentralkomitee des Grütlvereins ersucht, sich vor dem 31. März definitiv zu entscheiden und zu erklären.

Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien.

Alljährlich wenden die deutschen Landesversicherungsanstalten große Mittel gemeinnützigen Zwecken zu. Die Wohnungsfürsorge steht hierbei im Vordergrund. Bis zum Ende des Jahres 1915 beliefen sich die gesamten Darlehen der Landesversicherungsanstalten für gemeinnützige Zwecke auf 1323,5 Millionen Mark. Davon entfielen 532,5 Millionen Mark auf den Bau von Arbeiterfamilienwohnungen, wozu noch 27,8 Millionen Mark für den Bau von Ledigenheimen (Sopizien, Herbergen, Gefellenhäusern usw.) traten. Neuerdings hat auch eine Beteiligung mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften mit beschränkter Haftung stattgefunden.

Das Reichsversicherungsamt ist kürzlich noch einen Schritt weitergegangen. Es hat durch einen Erlaß vom 6. November 1916 auch Aufwendungen der Landesversicherungsanstalten auf Grund des § 1274 der Reichsversicherungsordnung zugunsten der Wohnungsfürsorge gestattet. Hierbei handelt es sich nicht um die Ausleihung eines Kapitals, sondern um dessen Eingabe ohne Anspruch auf Rückgewähr. In der Regel stehen solche Aufwendungen zu einem bestimmten Einzelzweck in Beziehung, von dessen Förderung sich die Versicherungsträger besonderen Nutzen für die Versicherten versprechen. So kommt beispielsweise bei der Wohnungsfürsorge diejenige zugunsten kinderreicher Familien besonders in Betracht. Die Versicherungsanstalten werden aber hierin zunächst nur mit weicher Beschränkung Gebrauch machen dürfen, denn sonst können sie ihre Vermögenslage gefährden.

Ausland.

Die österreichische Kronungsamnestie.

Wien, 18. Jan. Nach einer Verordnung des österreichischen Justizministers sind von der anfänglich der Kronung erlassenen Amnestie folgende Verurteilten betroffen: alle bis zum 1. Januar 1917 zu höchstens drei Wochen oder 200 Kronen Verurteilten, auch die Frauen und Mütter von Eingekerkerten, wenn ihre Strafe sechs Wochen und 900 Kr. nicht übersteigt. Freizeidler und Bucherer jedoch sind von dieser Amnestie ausgeschlossen.

Japans Nutzen aus dem Weltkriege.

„Das Ost-Asiens Journal“ meldet, daß der japanische Handel mit Südamerika seit Beginn des europäischen Krieges und dem Aufhören der bedeutenden deutschen und österreichischen Zufuhr, in jene Gebiete, in einem Maße angewachsen ist, das noch vor ein paar Jahren für ganz unmöglich gehalten wurde. Ein neuer regelmäßiger Dienst der sogenannten „Kassio trau“ besorgt die Ver-

frachtung für diesen, und den ebenso sich Japan immer mehr erschließenden indischen Markt.

Deutsches Reich.

Eine „Staatsarbeiter“-Kandidatur in Spandau-Dithavelland

Während die Verhandlungen zwischen Liberalen und Konservativen zwecks Aufstellung einer bürgerlichen Sammelkandidatur in Spandau-Dithavelland anheimelnd auf dem letzten Punkt angelangt sind, taucht inzwischen eine neue Kandidatur ganz eigenartiger Färbung auf. Wie uns aus Spandau gemeldet wird, hat die „Deutsche Staatsarbeiter- und Arbeitergemeinschaft“, die in Spandau durch fünf Verbände auf den Militärtechnischen Instituten vertreten ist, beschlossen, bei der bevorstehenden Erziehungswahl einen Kandidaten aus ihrem eigenen Reihen aufzustellen und zwar den ersten Vorsitzenden Eugen Fortenbacher aus Spandau. Die „Arbeitergemeinschaft“ hat mit den anderen bürgerlichen Parteien Verhandlungen gepflogen, um sie zur Zurückziehung ihrer Kandidaturen zugunsten der „Arbeitergemeinschaft“ zu bewegen, bisher ohne Erfolg. Doch werden die Verhandlungen fortgesetzt. Ebenfalls will die „Arbeitergemeinschaft“ ihre Kandidatur unter allen Umständen aufrechterhalten; sie erfolgt unter dem Gesichtspunkte, daß Fortenbacher im Fall seiner Wahl sich keiner Partei anschließt, sondern Wilder bleibt.

Freikonservative Neuorientierung.

In einer Artikelserie in der „Post“ behandelt Graf Nolffe auch die künftige Haltung der Freikonservativen zur Reichspolitik. Er behauptet, daß das öffentliche Leben Deutschlands in den letzten 40 Jahren durch sich immer schärfer zuspitzende Parteikämpfe erfüllt war und meint:

Soll und kann das zukünftig so bleiben? Nachdem im Schützengraben alle Unterschiede des Standes, der Religion, der Parteizugehörigkeit, des Kantonal-Geistes siegreich überwunden waren?

Die Antwort auf diese Frage könnte ihm eigentlich die „Post“ selber geben, die ganz in der altgewohnten Weise den Kampf gegen die Sozialdemokratie weiterführt.

Dietrich Hahn gegen den Kanzler.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Landtagsabgeordneter Dietrich Hahn, sprach dieser Tage in einer vom Bunde veranstalteten „vaterländischen Versammlung“ in Götzgrube (Bezirk Stade). In seiner Rede sagte er nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ u. a.:

Aus der Note Deutschlands an die Neutralen geht klar hervor, daß wir schon 1887 von Belgien für den Kriegsfall das Durchzugsrecht bekommen hatten, dem England keinen Widerstand entgegensetzte. Und doch sprach der Kanzler im Reichstag von dem Belgien geschuldeten Unrecht. Und doch war der Durchzug unserer heiligsten Pflicht, auf dem der Kanzler hätte bestehen müssen. Wollte er das, was die Weltpolitik Neigungslinien bringt, ja, es müsse aber auch mal gerieben werden. Nicht nur politisch und wirtschaftlich, nein, auch militärisch hätten wir ganz anders rüsten, für den Krieg uns vorbereiten müssen, haben wir doch schon 1911 die Gefahr kommen. Aus dieser Erkenntnis stammten den Bedenken und Wasserbaus berühmte Reichstagsreden damals, als der Kanzler es für gut hielt, den Bedenken über den Mund zu fahren.

Zum Schluß wurde der Reichskanzler mit einer Resolution angeklagt, die von ihm verlangt, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der U-Boot-Krieg nicht mehr als Ueberwasser-, sondern als Unterwasserkrieg geführt wird.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

„Sozialdemokratische Feldpost.“ Von dieser Zeitschrift erschien neben die Nr. 17, aus deren Inhalt wir hervorheben: Vom Anlernen im Schützengraben. Von Erich Kuttner. Unhinterbarte Dienstverträge für Kriegsteilnehmer. Bericht für Kriegsveterane ein Operationszettel? Rente nach § 25 des Mannschaftsversicherungsgesetzes. Das Recht der Genossen im Felde. Die Kriegsziele der Verbändemächte. Krieg und Politik. Aus unsern Organisationen. Internationale Rundschau. Revue: Es ist sehr möglich. Von Semria Scholke. Aus dem russischen Leben. „Banje Cleva.“ — Das Blatt kostet vierteljährlich 50 Pfg., bei Zustellung ins Feld im geschlossenen Umschlag 80 Pfg. Es kann bei jeder Postanstalt, wo auch direkt beim Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstraße 114, bestellt werden.

Theater und Musik.

* Zum Tode Albert Niemanns. Wie bereits kurz gemeldet, ist in Berlin, Schöneberg, der berühmte Wagnerdancer Albert

Letzte Nachrichten.

Der sozialdemokratische Parteiaussschuß gegen die Opposition.

W.B. Berlin, 19. Jan. Der Parteiaussschuß der Sozialdemokratie nahm gestern zu der durch die Reichskonferenz der Opposition geschaffenen Lage eine Resolution an, die besagt: Die Schaffung einer Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei.

Der Kohlenmangel in Italien.

W.B. Berlin, 19. Jan. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Lugano erzählt, verpflichtete sich die italienische Regierung, um die Betriebseinstellung der Gasfabriken zu verhüten, allen städtischen Gasfabriken Kohlen aus den Vorräten der Staatsbahn zum Preise von 165 Lire pro Tonne zu liefern.

Wilson und die Friedensfrage.

W.B. Berlin, 19. Jan. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ erhielt die „Ölnische Zeitung“ einen Junkbrief aus Washington vom 12. Januar, der besagt, daß Wilson die Verhandlungen nicht wieder einschlagen lassen wolle. Große Bedeutung werde den Besuchen des Obersten House im Weißen Hause beigelegt, da diese Besuche gewöhnlich wichtigen diplomatischen Schritten vorausgehen.

Eine Friedensaktion der weiblichen Straßenbahnangestellten in Rom.

W.B. Berlin, 19. Jan. In Rom sind, wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Lugano mitgeteilt wird, die weiblichen Angestellten der Straßenbahn in den Ausstand getreten, wie der „Secolo“ meint in der Hoffnung, daß die Stadt gezwungen sein werde, an ihrer Stelle eine entsprechende Anzahl männlicher Beamten einzustellen, für die die Befreiung vom Militärdienst gefordert werden müßte.

Jagd auf die neue „Möwe“.

W.B. London, 19. Jan. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel über das deutsche Kaperjagd in dem Atlantischen Ozean, daß die Kriegsschiffe, die nötig seien, um auf dieses Schiff Jagd zu machen, anderer Art seien als die, die zur Bekämpfung der U-Boote benötigt würden, sodas die Operationen gegen das Kaperjagd diejenigen gegen die U-Boote nicht behindern würden.

Zur britischen Reichskonferenz.

W.B. Amsterdam, 19. Jan. Einen hiesigen Blatte zufolge, wird der „Times“ aus Delhi telegraphiert, man erwarte, daß unter den Vertretern Indiens auf der Reichskonferenz in London auch ein eingeborener Inder sein werde. Außerdem erwarte man die Einführung des militärischen Uebungszwanges und der Dienstpflicht für Europäer und britische Inder.

Ein englischer Dampfer gesunken.

W.B. London, 19. Jan. Lloyd's melden: Der englische Dampfer „Master“ ist nach einem Zusammenstoß gesunken. 4 Personen kamen ums Leben.

Verenkt.

W.B. London, 19. Jan. Lloyd's melden, daß der britische Dampfer „Münchenrag“ (3916 Bruttoregistertonnen), der dänische Dampfer „Dmsk“ (1574 Bruttoregistertonnen) und der britische Segler „Kimpurney“ (1944 Bruttoregistertonnen) verenkt wurden.

W.B. London, 18. Jan. Lloyd's melden, daß der englische Dampfer „Garfield“ (3858 Bruttoregistertonnen) verenkt wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Munitionsarbeiter Jetersbach-Langensiebold. Die geschilberten nachteiligen Verhältnisse in den Zugverbindungen werden, wie man uns jetzt von maßgebender Stelle mitteilt, sofort geprüft werden.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Kappel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Freie Turnerschaft, gegr. 1899.) Samstag, 20. Januar, abends Punkt 8 Uhr, findet im Lokal zum „Lamm“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Da die Tagesordnung sehr wichtig und umfangreich ist, je bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen seitens der Mitglieder. Der Turnrat. Bruchsal. (Sozialdemokratische Partei.) Sonntag nachmittag 3 Uhr in der „Hals“ Versammlung.

Palast-Theater
Herrenstrasse II
1/2 Minute von der Elektr. Haltestelle „Herren-Strasse“
P.T.

Nur noch heute!

Rita Sacchetto

in
„Feuer im Schloss Santomás.“

Schauspiel in 3 Akten
Und der übrige Spielplan.

Bekanntmachung.

Kochkurse für junge Mädchen betr.

Der Bad. Frauenverein (Unterabteilung Mädchenfürsorge) hat mit Unterstützung der Stadtgemeinde im 1. Stock des Hauses Krögstr. 122 eine Kochschule eingerichtet, in welcher hier wohnhafte Mädchen im Alter von 17, mindestens aber 16 Jahren, mit geringem Kostenaufwand eine gute Ausbildung in Kochen und Hauswirtschaft erhalten, die sie zur Übernahme einer Dienststelle als Köchin befähigt. Jährlich werden drei Kurse von vier Monaten Dauer und zwar für je 12 Schülerinnen veranstaltet. Die Teilnehmerinnen haben lediglich den Betrag von 30 Mark für den Kurs in vier Teilbeträgen von je 15 Mark als Entgelt für ihr Mittagessen zu entrichten. Für unbemittelte Mädchen, welche an den Kursen teilnehmen wollen, können auf Ansuchen von der Stadtverwaltung Beiträge aus Wohltätigkeitsmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Der erste Kurs wird am 1. Februar 1917 eröffnet. Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Kurs werden bis einschließlich 23. Januar d. J. beim Sekretariat des Volksschulrektors (Hebel-Schule, Kreuzstraße 13, 3. Stock, Zimmer 27) während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen werden.

Karlsruhe, den 16. Januar 1917. 289

Der Stadtrat.

Karlsruhe - Museumssaal
Mittwoch, 24. Januar, abends 8 Uhr

Konzert - Abend

Anna Hegner

Violine

Otto Wessbecher

Bariton

Bruno Stürmer

am Flügel.

Programm.
Haydn: Violin-Konzert Nr. 3, B-dur.
Stürmer: Stimme des Abends, Die Getrennten, Ansturm, Gleichnis, Der Wind, Am Bach, Was kann wohl, Nachtwandler, Drei Gesänge mit Violine und Klavier. Sonate As-dur, für Violine und Klavier.

Der Steinway-Flügel ist aus dem Lager des Herrn H. Maurer hier. 314

Karten zu Mk. 3.—, 2.—, 1.50 u. 1.— sind zu haben in der Hofmusikalienhandlung **Hugo Kuntz** Nachfolger Kurt Neufeldt Kaiserstrasse 114 (Tel. 1850).

von 9-1 u. 3-7 Uhr

Wegen Mangel an Fleisch
bleibt mein Geschäft morgen Samstag geschlossen.

Pferdeschlächterei Ch. Gramlich
Durlacherstr. 59, Tel. 3319. 327

Sendet Karten ins Feld!

Atlas der Ost- und Südostfront. 5 farbige Karten von 1. Nordwestrussland, 2. Südwestrussland, 3. Rumänien, 4. Mazedonien, 5. Aegypten.

Atlas der Westfront. 5 farbige Karten von 1. Ostende-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdun, 4. Toul-Nancy, 5. Kolmar-Belfort.

Preis jedes gebundenen Taschen-Atlases 1 Mark.

Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volksfreund
Luisenstrasse 24, Telephon 128.

Saure Rüben.

Wir verkaufen bis auf Weiteres auf den Städt. Wochenmärkten an unseren Verkaufsstellen saure Rüben das Pfund für 15 Pfg.

Es wird gebeten Geschäfte mitzubringen. 322

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Museumssaal Karlsruhe
Montag, 22. Januar 1917, abends 8 Uhr

Kammermusik-Abend

Mitwirkende:
Emil Welmershaus (1. Violine)
Rudolf Feidner (2. Violine)
Hugo Lüthje (Viola)
Josef Keilberth (Cello)

unter gütiger Mitwirkung der Herren:
Musikdir. **Theodor Röhmeier** aus Pforzheim (Klavier)
und Kammermusiker **Vollrath Gröschow** (Contra-Bass).

Vortragsfolge:
J. Haydn: Quartett in G-Dur.
A. Corelli: La Follia, XII. Sonate für Violine und Klavier.
F. Weingartner: Sextett in E-Moll, op. 33.

Der Flügel von **Schiedmayer** ist aus dem Lager von **H. Maurer**, Grossh. Hof.

Eintrittskarten: Mk. 3.—, 2.—, 1.—, in der Musikalienhandlung **Fritz Müller**, Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse zu haben sowie an der Abendkasse. 31

9-1 und von 3-7 Uhr. — Telephon 388.

Stellengefuche für Lazarettinassen.

Für nachstehend bezeichnete Lazarettinassen suchen wir leichtere stundenweise Beschäftigung auf einige Wochen:

- Kaufleute, mit allen kaufmännischen Arbeiten vertraut . . . 2
- Lagergehilfen, Vorderarmlehrling, als Schreiber . . . 2
- Kochknechte, leichtere Beschäftigungen, im Verufe . . . 2
- Masch. Techniker, Stempelverlegung, 3 Kurse Schule, im Verufe . . . 1
- Gewerbetreuer, Armverletzungen, für Büro usw. . . 2
- Schneider, Armverletzungen, als Aufseher . . . 1
- Glaser, Armverletzungen, dito . . . 1
- Maschinen, Weimerzeugung, in ähnlichen Betrieben . . . 1
- Mechaniker, 1 mit Armverletzung, 1 mit Brust- und Bauchschuß, beide für leichte Berufsarbeiten . . . 2
- Fabrikarbeiter, Bein- und Handverletzung links, eingearbeitet in Brandbombenfabrikation, für sitzende Arbeit . . . 1
- Papiermaschinenführer, Granatplitterverletzung am Arme und linken Oberarm, im Verufe . . . 1
- Lebomotiv-Fahrer, Neurose, soll sich nicht viel bücken, leichtere Arbeit im Freien . . . 1
- Schweizer, 1 mit linker Unterarmverletzung, leichte Arbeit, sitzende Arbeit . . . 2
- Koch, Beinverletzung, als Schreiber . . . 2
- Fabrikarbeiter, linke Unterarmverletzung, als Fabrikarbeiter für leichtere Arbeit . . . 1

Stellenangebote bitten wir zu richten an:

Städt. **Arbeitsamt** Karlsruhe
Bähringerstr. 100. Fernsprecher 629 u. 949
Abteilung: Lazarettarbeitsnachweis.

Aufgebotsverfahren.
Frau Josef Moser, Drogerie-Geschäft, Amalie geb. Blant hier, Steinstr. Nr. 13, hat mit Zustimmung ihres Ehemannes den Antrag gestellt, das abhanden gekommene, auf ihren Mädchennamen lautende Sparbuch Lit. D. Nr. 2242 mit einer Einlage von 708 Mk. 08 Pfg., inzwischen durch Zinsgutschrift angewachsen auf 732 Mk. 20 Pfg., für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung erfolgen wird. 326

Karlsruhe, 17. Januar 1917.
Städtische Spar- und Pfandkassette

Putzfrauen
gesucht. 318
Oberle, Kaiserallee 76.

Regenschirme
empfiehlt 107

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1. Etage.

Büro-Fräulein
gesucht,
tüchtig im Maschinenschreiben und Stenographie. Bewerberinnen wollen sich melden 111

Städt. Arbeitsamt
Bähringerstraße 100, 3. Stock

Verkaufe und Kaufe
fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, Hüten, Waffen, Silber, Brillanten, Pfand, schine, Möbel, Reisekoffer. 110

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Arbeiter
für leichte dauernde Beschäftigung gesucht. 296

Südb. Fournierfabrik
Werderstr. 9.

Fett-Verteilung.

Vom Samstag, den 20. d. M. ab, werden in den bekannten Geschäften auf die vier Fettmarken der ersten Woche (Fettkarte vom 15. Januar bis 11. Februar) zusammen

100 gr Fett (Butter, Margarine, Speisefett)

abgegeben. Die Verkaufsgeschäfte sind angewiesen, die einer Haushaltung zustehende Bezugsmenge den Vorräten entsprechend in Butter, Margarine und Speisefett zu verabfolgen.

Die Sammelmärkte für Anhalten für die Woche vom 15. bis 21. Januar sind mit einem Pfund Fett für je fünf Personen einzulösen. Die Wirtschaften müssen das zu diesem Zweck besonders bereitgestellte Fett abnehmen, welches in der Geschäftsstelle des Birtenvereins Steinstraße 21 verabfolgt wird. Die Verkaufsgeschäfte dürfen auf die Sammelmärkte der Wirtschaften Butter oder Fett nicht abgeben.

Alle mit dem Vermerk „Militär“, „Krankenzug“ und „Genuss“ versehenen Fettmarken werden nur bei der Molkerei zur Unterteilung von Diefische, Amalienstraße 29, eingelöst.

Der Kleinhandelspreis beträgt für
Butter 2,50 M } für ein Pfund.
Margarine 2,00 M }
Speisefett 2,32 M }

Wir sind in der Lage, diese Woche ausnahmsweise 100 Gramm Fett verteilen zu können, machen aber darauf aufmerksam, daß für die nächste Woche mit der Aufrechterhaltung dieses Satzes nicht gerechnet werden kann.

Es ist ferner bestimmt, daß von jetzt ab für den Verkauf aller zugekauften Waren jeweils eine bestimmte Frist vorgegeben ist; innerhalb dieser Zeit müssen die Kunden die ihnen zuzehende Menge abholen. Was nach Ablauf dieser Frist noch vorhanden ist, darf nicht mehr verkauft werden, steht vielmehr zu unserer Verfügung und ist sofort an die Firma zurückzugeben, von welcher die Geschäftsinhaber die Ware zum Verkauf erhalten haben.

Demgemäß findet der Verkauf des Fettes (Butter, Margarine, Speisefett) bis zum 23. ds. Mts. einschließlich statt; nach diesem Zeitpunkt darf an die Kunden nichts mehr abgegeben werden, vielmehr sind die etwaigen Restbestände am 24. ds. Mts. zurückzugeben. Gleichzeitig haben die Geschäftsinhaber der Kartenteile Festhalte die eingenommenen Marken abzuliefern und hierbei Abrechnung über die Ware zu erteilen. Die Abrechnung hat auf einem vorgeschriebenen Vordruck zu erfolgen, welcher jedem Geschäft zugest. und bei der Kartenteile Festhalte zu haben ist. Die abzugebenden Marken sind zu je 100 zu bündeln.

Karlsruhe, den 18. Januar 1917.

321

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Fleischversorgung betr.

1. Die Kopfmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst beträgt für die kommende Woche zusammen 250 Gramm.

2. Die Haushaltungen, die in der Kundenliste der Kurflur eingetragen sind, dürfen bei diesen in der Woche auf den Kopf 75 Gramm Fleischwurst oder Schinken, Dauerwurst, Zunge und Speck (für Kinder unter 6 Jahren 40 Gramm) beziehen, erhalten aber bei dem Metzger, bei dem sie für den Bezug von Fleisch eingetragen sind, nur 175 Gramm Fleisch mit eingewaschenen Knochen (für Kinder unter 6 Jahren 85 Gramm).

3. Es ist an den Lieferanten abzugeben:
für je 50 Gramm Fleischwurst 1 Fleischmarke,
für je 50 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewaschenen Knochen 2 Fleischmarken,
für je 20 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Zunge und Speck 1 Fleischmarke.

Karlsruhe, den 1. Januar 1917.

323

Städtisches Nahrungsmittelamt.



P.T. Palast-Theater P.T.

Karlsruhe Herrenstraße 11.

Heute letzter Tag.

1. Dem Herbst entgegen. Stimmungsbilder aus Halland (Schweden).

2. Die neuesten Kriegsberichte. Aktuelle Aufnahme.

3. Alleiniges Erstaufführungsrecht für Karlsruhe!
Rita Sacchetto
in ihrem neuesten Film
Feuer im Schloss Santomas
Drama in 3 Akten.
Fräulein **Rita Sacchetto** im Zusammenspiel mit den beliebten nordischen Künstlern **Gunnar Sommerfeld**, **Ad. Jensen** und **Robert Schyberg**.

4. Alleiniges Erstaufführungsrecht für Karlsruhe!
Grete Weizler
in
Im Reiche der Zwerge.
Ein Weihnachtsmärchen von **Franz R. Hannesen**, bearbeitet und vollendet von **Louis Neher** in 3 Akten.

Ausserdem einige Extra-Einlagen.
Zum geistl. Besuche ladet ergebenst ein
Fr. Schulten.
Palast-Theater Herrenstr. 11.
1/2 Minute von der Elektr. Haltestelle **Herrenstrasse.**

Die Reinigung von Bett- und Tischwäsche
übernimmt zu folgenden Preisen: Oberbettuch von 24 J an, Unterbettuch 20 J, Plumeaubezug 22 J, Kissenbezug 12 J, Handtuch 8 J, Tischtuch 20 J, Serviette 8 J.
Dampfwäschanstalt August Pfützer
Karlsruhe-Rübburr, Langestraße 2.

Preiswerte Waren!

Kinder-Kleidung Kleidchen aus warmen Stoffen, Gröss 45-55 1.95 2.45 Samtkleidchen, Hängeform Grösse 45-55, je nach Grösse . . . 11.25-13.50	Damenhemden gute Stoffe, gediegen verarbeitet . . . 3 75 4 50 5 50	Modewaren Tellerkragen gestickt u. imit. Filet 85 J 1.45 Glasbatistkragen, weiss u. rosa 2.30 2.45 Rips garnituren, gestickt mit Hohlraum . . . 1.45 1.65
Leinen u. Baumwolle Gerstkornhandtuch, Halb-leinen, etwa 48/110 cm Stück 82 J Schürzenstoff, gestr., etwa 100 cm Meter . . . 2.70 Taschentücher, Batist, geb. u. eine Ecke gest. St. 75 J	Damenbeinkleider Knieform, m. solider Stickerei 2 45 3 75 4 75	Schürzen Blusen-Schürzen, solide Stoffe 1.25 1.95 Kleider-Schürzen, weiter Schnitt 5.75 7.75 Zier-Schürzen, hübsch garniert . . . 1.25 1.95
Strickwaren Korsettschoner, Baumwolle 65 J Untertaillen, Baumwolle 2x2 gestrickt . . . 1.45 Kinder-Sweater, Baumwolle 1.60-2.20	Damenuntertaillen reich garniert, gute Formen 1 95 2 75 3 75	Korsetten Korsetten, langhüftig, gute Form 3.60 Korsetten, weiss Damast, waschbar 5.25 Kinder- und Konfirmanden-Korsetten . . . 1.65 3.25
Kurzwaren Druckknöpfe Dtzd. 12 J, 12 Dtzd. 1.35 Stecknadeln, Brief, 200 Stück 8 J Sicherheitsnadeln Mappo 8 J	Damenhandschuhe Trikot, je nach Preis mit Seidenfutter Paar 55 85 J 1 25	Schuhwaren Tuchpantoffeln f. Damen, feste Sohle u. Flecke Paar 2.05 Samtschuhe für Damen Paar 3.45 Filzschallentiefel mit Besatz Damen Herren Paar 4.45 4.75
Damenhandschuhe Seide, guter Sitz Paar 1 50 1 85	Damenstrümpfe Baumwolle, gewebt . . . Paar 50 75 J 1 10	Stickereien Madapolamestickereien Stück 4 1/2 m . 1.45 2.25 Madapolamefeston Stück 4 1/2 m . . 75 95 J Untertaillenstickereien Meter 95 J 1.65
Damenstrümpfe stark gestrickt, je nach Preis, Wolle plattiert, Paar 1 85 2 00	Lodenstoffe für Kostüme, blau, braun u. grün, solide Ware Meter 5 80	Kostüm-Cheviot reine Wolle, in sich gemustert, blau und schwarz . . Meter 8 75
Schottenstoffe für Blusen und Kinderkleider Meter 2 90	<h1>HERMANN TIETZ</h1>	

Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Sonntag, den 21. Januar, vormittags 11 Uhr, im Saal 3 der Brauerei Schrempf

Öffentliche Versammlung

mit Vortrag über: Die Sozialdemokratie und der Krieg.

Referent: Reichstagsabg. **Oskar Ged** aus Mannheim.

Wir laden die Einwohner von Karlsruhe zu dieser Versammlung höflichst ein.

Der Einberufer: **W. Kolb.**

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Adler“, Karl-Friedrichstraße 12.

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung.
3. Das bayerische Hilfsdienstgesetz.
4. Beratung der einlaufenden Anträge.

Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen bis Montag, 27. Januar, eingereicht sein.

Nach § 4 Absatz 1 des Ortsstatuts setzt sich die Generalversammlung aus sämtlichen Verbandsfunktionären (Vertrauensleute und Einkassierer) zusammen und sind dieselben verpflichtet, die Generalversammlung zu besuchen.

Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch in Verbindung mit der Vertrauensmännerkarte.

Die Ortsverwaltung.

Städtisches Vierordtbad.

Große Schwimmhalle.

Für Frauen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 3-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags, sowie Freitags abends 6-8 Uhr.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis 9 Uhr und 11-1 Uhr, nachmittags 1/2-8 Uhr, Freitags nachmittags 1/2 bis 6 Uhr, sowie Samstags nachmittags 3-8 Uhr und Sonntags vormittags 8-12 Uhr 101

Mittags 1-3 Uhr geschlossen.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.

Samstag, den 20. Januar 1917, abends 8 Uhr im Saal zur „Kronenhalle“, Kronenstraße 8.

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Inneres.
2. Massenbericht vom 4. Quartal.
3. Geschäftsbericht vom Jahre 1916.
4. Wahl des Gesamtvorstandes.

Wir erziehen die Kollegen, zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Eintracht“ Mühlburg.

Einladung!

Am Sonntag den 21. Januar 1917, nachmittags 5 Uhr, findet eine

Mitglieder-Versammlung

im Vereinslokal statt

Die noch anwesenden Mitglieder werden dringend gebeten, erscheinen zu wollen.

Der Vorstand.

Privatspargelgesellschaft in Karlsruhe.

Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der Empfangscheine

Mittwoch, den 17. Januar 1917,
Donnerstag, den 18. Januar 1917,
Freitag, den 19. Januar 1917,
jeweils vormittags von 1/9 bis 1/2 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 5 Uhr

in unserem Geschäftsraum, Karlstraße 40, wieder ausgefolgt. In den genannten drei Tagen können Einlagen wieder angenommen noch zurückgezahlt werden.

Karlsruhe, den 16. Januar 1917.

Der Verwaltungsrat.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten, Margarete, B. Bernhard Pferrer, Fabrikarbeiter. Hans Albert, B. Friedrich Kohler, C. Jendreyer, Liselotte Erta Starola, B. Heinrich Gocoll, Fabrikarbeitermeister. Otto, B. Karl Ziehn, Zementeur. Hedwig Luise, B. Konig, Koch, Eisenhauer. Erich, B. Rodam, Georg Müller, Schmied. Sophie Antonie, B. Franz Kern, Zauberkünstler. Willi, B. Wendelin Ebnel, Fabrikarbeiter. Emilie, B. Karl Semmer, Tischler.